



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

6. Ratssitzung vom 17. Juni 2026

235. 2025/217

**Motion von Marita Verbali (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 04.06.2025:
Einführung eines Betreuungsgutscheinsystems für die familienergänzende
Kinderbetreuung im Vorschulalter (Kitas)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Marita Verbali (FDP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4672/2025): Der Stadtrat will, dass man die Motion ablehnt, die im Kern eine einfache Frage stellt. Wer entscheidet über die Kinderbetreuung: die Verwaltung oder die Eltern? Der Stadtrat sagt, es sei die Verwaltung – die Motion bevorzugt die Eltern. Der Stadtrat behauptet, das bestehende Subventionssystem sei sozial; Betreuungsgutscheine hingegen seien nicht sozial. Er befürchtet auch eine soziale Segregation. Sozial ist ein System aber nur dann, wenn Familien echte Wahlmöglichkeiten haben. Heute können Eltern, die auf Subventionen angewiesen sind, die Kita nicht frei wählen. Sie können nur hoffen, einen der kontingentierten subventionierten Plätze zu bekommen. Wer keinen subventionierten Platz bekommt, hat keine echten Alternativen, selbst dann nicht, wenn es eigentlich eine passende Kita in der Umgebung gäbe. Echte Wahlfreiheit haben heute vor allem einkommensstarke Familien. Betreuungsgutscheine würden diese Schieflage korrigieren. Sie würden allen Familien den gleichen Zugang ermöglichen, weil sie den Gutschein in der Kita ihrer Wahl einlösen könnten. Das ist sozial. Betreuungsgutscheine sind einkommensabhängig und fördern gezielt die Chancengerechtigkeit. Sie erhöhen gleichzeitig die Planbarkeit sowie die Flexibilität und stärken damit die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Der Stadtrat stellt den Betreuungsgutschein als Risiko für die Qualität und Stabilität dar. Doch der Branchenverband kibesuisse begrüsst den Betreuungsgutschein ausdrücklich. Wenn die direkt betroffene Branche sagt, dass Betreuungsgutscheine sinnvoll sind, sollte man das ernst nehmen. Zudem haben ganz viele Städte und Gemeinden die Betreuungsgutscheine schon eingeführt, ohne dass die Qualität darunter gelitten hätte. Die Qualität kann auch in einem Gutscheinsystem mit Qualitätsstandards, Kontrollen oder gezielten Zuschlägen für Qualitätsmassnahmen verbindlich abgesichert werden. Das heutige Subventionssystem ist zentral gesteuert. Die Stadt entscheidet, welche Kitas unterstützt und wie viele Plätze subventioniert werden. Die Eltern werden zu Bittstellern in einem administrativ gesteuerten Markt. Das Kita-Angebot passt sich so nicht den Bedürfnissen der Familien an, sondern den Vorgaben der Verwaltung. Ein Gutscheinsystem dreht diese Logik um. Die Eltern entscheiden, welches



Angebot sich durchsetzt, nicht die planwirtschaftliche Verwaltung. Der Stadtrat beschreibt in seiner Antwort zahlreiche Risiken: Die Kosten für die Eltern könnten steigen, was dazu führen würde, dass manche Familien auf Betreuung verzichten müssten. Somit würde die Chancengleichheit verschlechtert werden. Es fehlen Belege dafür, dass diese Risiken in den Gemeinden und Städten mit Betreuungsgutscheinen eingetreten sind. Der Stadtrat verweist selber auf Städte mit Betreuungsgutscheinen, liefert aber keinen Beleg für seine Befürchtungen. Eine Kostenexplosion in diesen Gemeinden ist auf jeden Fall nicht belegt. Wenn Betreuungsgutscheine tatsächlich zu höheren Kosten, weniger Chancengerechtigkeit und einer schlechteren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen würden, stellt sich die Frage, wieso immer mehr Städte und Gemeinden diese einführen. Das Risiko von steigenden Tarifen haben wir übrigens schon heute, weil viele Kitas parallel zu den subventionierten Plätzen teurere Plätze anbieten. Der Unterschied ist, dass heute die Eltern die Differenz zahlen, weil sie keine Alternative haben. Mit den Betreuungsgutscheinen hätten sie eine. Auch bezüglich des administrativen Aufwands wird übertrieben. Der Anspruch der Eltern auf Subventionen muss heute schon geprüft werden. Was wegfallen würde, ist die aufwendige Objektfinanzierung, bei der man die Kitas einzeln prüfen muss. Es gibt heutzutage automatisierte Abrechnungssysteme, die zuverlässig und effizient funktionieren. Dazu kommt, dass der Zürcher Bezirksrat zentrale Elemente des bestehenden Subventionssystems als rechtlich unzulässig beurteilt hat. Dieser Entscheid wurde zwar weitergezogen, aber es kann gut sein, dass das heutige Subventionssystem rechtlich auf sehr wackligen Füßen steht. Zudem wird die Verordnung für die Kinderbetreuung in ein paar Jahren sowieso komplett überarbeitet. Das wäre genau die Chance, um jetzt ein besseres System einzuführen. Die Motion ist kein Angriff auf die Qualität, kein Sparprojekt und auch kein ideologisches Experiment. Sie ist ein Plädoyer für mehr Wahlfreiheit, mehr Flexibilität und mehr Fairness für die Eltern.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

STR Céline Widmer: Es gibt viele unterschiedliche Arten, wie man die Kinderbetreuung und Subventionierung von Kitas organisieren kann. Ich masse mir nicht an zu sagen, dass ein System grundsätzlich besser ist als das andere. In Zürich haben wir ein über Jahre gewachsenes System. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es nicht angebracht ist, dieses bewährte System total auf den Kopf zu stellen. Der politische Wille der Mehrheit im Gemeinderat und in der Stimmbevölkerung ist klar: Wir wollen eine qualitativ gute und bezahlbare Kinderbetreuung. Wir wollen, dass die Eltern im Bereich der Kitas entlastet werden. Der Stadtrat lehnt die Motion ab, weil verschiedene Argumente gegen ein neues System mit Betreuungsgutscheinen sprechen. Ein zentraler Punkt ist, dass damit der Kita-Zugang für die tiefsten Einkommensschichten schlechter gewährleistet werden kann. Das ist mir persönlich sehr wichtig. Zudem könnte der Unterschied beim Zugang zwischen den tiefsten und höchsten Einkommensschichten grösser werden. Man kann auch weniger gut steuern, was die Eltern für die Kitas zahlen müssen. Ich glaube, uns allen ist es ein Anliegen, den bürokratischen Aufwand möglichst klein zu halten. Aber ich denke nicht, dass der administrative Aufwand mit einem komplett neuen System geringer wäre. Wir alle wollen, dass Eltern leicht einen Kitaplatz finden und diesen bezahlen können. Mit dem heutigen System können wir eine gute Qualität in der Kinderbetreuung



gewährleisten. Wir setzen alles daran, dass sich diese noch weiter verbessert. Dafür muss das System aber nicht komplett umgekrempelt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Julia Hofstetter (Grüne): Für uns Grüne ergibt das Normkostenmodell Sinn. Es ist eines von verschiedenen funktionierenden Systemen. In Zürich sorgt es für gute Qualität und Fairness. Wir fänden es unvorsichtig, das von Zürich gewählte Modell ohne Grund aufzugeben, nur um etwas anderes auszuprobieren. Es hat sich für die Familien wie die Kinderbetreuungsinstitutionen bewährt und entlastet einkommensschwache Familien.

Karin Stepinski (Die Mitte): Wir von Die Mitte stimmen dem Vorstoss sehr gern zu. Wir sind überzeugt, dass es sehr wohl möglich ist, Betreuungsgutscheine sozial auszugestalten und mit Qualitätsvorgaben zu verbinden, um Familien mit kleinen und mittleren Einkommen gezielt zu unterstützen. Man kann die Chancengerechtigkeit trotzdem sichern und gleichzeitig mehr Wahlfreiheit schaffen. Ebenso kann man weiterhin Qualität verlangen, betreibt dafür aber weniger bürokratisches Mikromanagement. Zudem lässt sich so Familie und Beruf besser vereinbaren, weil die Unterstützung endlich dort ankommt, wo sie gebraucht wird: direkt bei den Familien. Die Bedenken des Stadtrats kommen aus unserer Sicht daher, dass ein Systemwechsel seinen Einfluss schwächen würde. Die Stadt Bern hat da weniger Bedenken. Wer das Subsidiaritätsprinzip ernst nimmt und eine moderne Familienpolitik will, muss sich nicht vor Gutscheinen fürchten.

Florine Angele (GLP): Die GLP-Fraktion ist hin- und hergerissen. Aus diesem Grund würden wir den Vorstoss als Postulat, aber nicht als Motion unterstützen. Generell finden wir die Idee von Betreuungsgutscheinen gut. Die GLP hat sich national und kantonale mehrmals als Befürworterin von Betreuungsgutscheinen gezeigt. Zürich kennt aber ein gut funktionierendes System, da teile ich die Einschätzung von STR Céline Widmer. Das System ist teilweise vielleicht etwas kompliziert, aber es funktioniert. Wir versuchen eine pragmatische Sichtweise auf die aktuelle Kita-Landschaft einzunehmen. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir Verbesserungsmöglichkeiten im Rat diskutiert und die neue Kita-Verordnung, die die Objektfinanzierung sogar ausbauen will, unterstützt. Es wäre daher etwas inkonsequent, den Vorstoss als Motion anzunehmen.

Hannah Locher (SP): Die FDP fordert mit dieser Motion einen grundsätzlichen Systemwechsel bei der Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Wir von der SP sind überzeugt, dass Zürich über ein bewährtes soziales System verfügt, das Familien finanziell entlastet, gute Betreuungsangebote ermöglicht und dafür sorgt, dass die Qualität und gute Arbeitsbedingungen gesichert sind. All dies würde sich mit den Betreuungsgutscheinen ändern. Gleichzeitig würde man keinen Fortschritt erreichen. Im Gegenteil zeigen die Erfahrungen aus Bern, dass ein Betreuungsgutscheinsystem nicht nur Vorteile mit sich bringt. Das berichten auch Mitarbeitende der Stadt Bern: Steigende Betreuungskosten können am Schluss bei den Familien landen, wenn die Gutscheine mit der Kostenentwicklung der einzelnen Kitas nicht Schritt halten. Davon sind dann ausgerechnet die Familien betroffen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Somit ist



die Wahlfreiheit, von der die FDP spricht, nicht mehr für alle gegeben. Wahlfreiheit gibt es nur dann, wenn man sich die verschiedenen Angebote leisten kann. Wenn Kitas unterschiedliche Preise verlangen und Familien die Differenz selber zahlen müssen, haben nicht alle die gleiche Wahlmöglichkeit. Mir stellt sich auch die Frage der Gewährleistung der Qualität in den einzelnen Kitas. Heute können wir über die Beiträge an die Kitas Vorgaben machen, bspw. bezüglich der Arbeitsbedingungen des Personals oder der Qualitätsstandards. Mit einem Gutscheinsystem würde ein Teil dieser Steuerungsmöglichkeit verloren gehen. Die FDP behauptet, Betreuungsgutscheine würden das System für die Eltern vereinfachen. So einfach ist es unserer Meinung nach nicht. Die Familien müssen auch mit einem Gutschein Angebote vergleichen, Preise prüfen und herausfinden, welche Kita für sie infrage kommt. Der Eindruck, dass die Komplexität verschwände, ist ein Trugschluss. Wir sind auch der Meinung, dass man die heutigen Prozesse vereinfachen muss. Dafür braucht es aber keinen Systemwechsel. Darum haben wir letztes Jahr zusammen mit der AL und den Grünen ein Postulat überwiesen: Der Stadtrat soll prüfen, wie der Prozess für die Beantragung und den Bezug von Subventionen vereinfacht werden kann. Zürich hat ein System, das sich bewährt hat. Es ist ein faires System, weil es dafür sorgt, dass die Familien Zugang zu guter sowie bezahlbarer Betreuung haben und gleichzeitig Qualität und Rahmenbedingungen gesichert sind. Wir lehnen die Motion ab.

Marita Verballi (FDP): Es wurden verschiedene Annahmen in den Raum gestellt, zum Beispiel dass Betreuungsgutscheine tiefe Einkommen nicht unterstützen würden. Diese Betreuungsgutscheine sind aber genauso einkommensabhängig wie die jetzigen Subventionen. Wer ein tiefes Einkommen hat, wird logischerweise auch einen höheren Betreuungsgutschein bekommen. Zweitens kann man auch mit Betreuungsgutscheinen bestimmte Standards bezüglich der Qualität fordern. Was die Bezahlbarkeit betrifft, so gibt es zwar verschiedene Tarife, aber man kann die Betreuungsgutscheine so ausgestalten, dass die Eltern keine grosse Differenz begleichen müssen. Das wäre nicht der Sinn von einem Betreuungsgutschein. Heute muss man die Kitas auch prüfen, Hannah Locher (SP). Man muss abklären, welche Kita zu seinem Kind passt, auf dem Weg liegt oder wie sie mit den Kindern umgeht. Das fällt nicht weg, nur weil man nicht mit Betreuungsgutscheinen arbeitet. Ganz wichtig ist der Punkt zum Normkostenmodell: Ihr sagt ständig, das sei ein bewährtes System. Dieses System ist nicht bewährt. Es gibt rechtliche Probleme damit. In Winterthur wurde es bspw. gekippt, weshalb sie nun ein neues System einführen müssen. Die Behauptung, wir würden ein bewährtes System grundlos umstülpen, stimmt nicht. Im Gegenteil ist jetzt der richtige Moment, um über ein neues System nachzudenken – das alte wird wahrscheinlich nicht mehr lange Bestand haben.

Moritz Bögli (AL): Man merkt, wie stark diese Debatte ideologisch geprägt ist. Das hat seinen Grund. Karin Stepinski (Die Mitte) war im Gegensatz zu Marita Verballi (FDP) immerhin ehrlich und hat zugegeben, dass man mit diesem System den Einfluss der Stadt reduzieren will. Die Vorwände, dass es darum gehe, Wahlmöglichkeiten für die Eltern zu schaffen, glaube ich ehrlich gesagt nicht. Es ist ja nicht so, dass es im Moment unglaublich schwierig wäre, aus verschiedenen Kitas auszuwählen. Gewisse Kitas erfüllen die Bedingungen, die die Stadt Zürich vorgibt, nicht. Bei diesen stellt sich die Frage, wieso



sie städtisches Geld bekommen sollten. Vielleicht ist es manchen schlussendlich wichtiger, dass sie möglichst profitorientiert arbeiten und mit der Kinderbetreuung Geld verdienen können. Dazu hat sich die linke Mehrheit im Parlament letztes Jahr bereits geäußert: Wir finden das höchst problematisch und befürworten eine staatliche Lösung, bei der es nicht darum geht, möglichst viel Geld mit Kindern zu verdienen oder die Angestellten schlecht zu bezahlen. Ich glaube, es schwang unterschwellig mit, dass man möglichst viel Profit machen und keine staatliche Kontrolle haben will. Das würde dazu führen, dass die Qualität nicht überall gleich gut wäre. Dann hofft man wohl, dass der Markt das schon regeln werde. Dabei wissen wir genau, wie die Konsolidierung des Kitamarkts voranschreiten würde, wenn wir so etwas zuliessen. Die Stadt Bern wurde mehrmals als positives Vorbild erwähnt. Glauben Sie, Bern macht das freiwillig? Das System wird der Stadt vom Kanton vorgeschrieben. Zu behaupten, die Stadt Bern habe das System wegen ihrer grossen linken Mehrheit, entspricht nicht der Wahrheit. Diese Argumentation kann ich nicht ernst nehmen. Ich würde sogar behaupten, dass die meisten, zumindest grösseren Gemeinden dieses System nur einführen, weil der jeweilige Kanton es ihnen vorschreibt. Das ist ein Grundsatzproblem in dieser Debatte: Der Kanton gibt uns ein System vor, das in keiner Weise auf das Wohl der Kinder ausgelegt ist. Deshalb lehnen wir den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ab.

Michele Romagnolo (SVP): Wir unterstützen die Motion. Wie wir schon gehört haben, wird die familienergänzende Kinderbetreuung in Zürich durch ein kompliziertes System von Subjekt- und Objektsubventionen finanziert. Das ist starr und bürokratisch unübersichtlich. Es bevorzugt bestehende Strukturen, völlig unabhängig davon, wo der effektive Bedarf liegt, und erschwert den Familien die freie Wahl der Kitas. Die Lösung durch Betreuungsgutscheine sorgt dafür, dass die Unterstützung direkt bei den Familien ankommt. Die Mittel gehen gezielt an die Familien, die sie wirklich benötigen. Die Eltern können die Kitas nach ihren eigenen Bedürfnissen bezüglich des Standorts, pädagogischen Konzepts oder der Öffnungszeiten auswählen, und zwar völlig unabhängig vom Subventionsstatus der Einrichtung. Das stärkt die Fairness, Transparenz und Wahlfreiheit. Die Erfahrungen aus Bern und Luzern zeigen, dass Betreuungsgutscheine funktionieren. Sie werden bedarfsgerecht dort verteilt, wo sie gebraucht werden, reduzieren den bürokratischen Aufwand und ermöglichen es den Kitas, durch Qualität und Nachfrage statt durch Subventionsrecht erfolgreich zu sein. Gleiche Wettbewerbsbedingungen fördern zudem die Innovation und die langfristige Qualität der Betreuung. Das Modell ist flexibel und passt sich automatisch an Geburtenraten, Teilzeitarbeit sowie neue Arbeitsmodelle auf dem Markt an. Das kann das heutige System nicht leisten. Betreuungsgutscheine stärken Familien, gestalten die Mittelverwendung effizient sowie transparent und fördern die Qualität der Kitas. Das ist modern, gerecht und nachvollziehbar.

Die Motion wird mit 41 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Marita Verballi (FDP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Haben wir uns falsch verstanden? Die GLP hat den Antrag gestellt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir nehmen diesen Antrag an.



6 / 6

Florine Angele (GLP) beantragt Umwandlung in ein Postulat: Entschuldigung, das ist mein Fehler. Wir beantragen nun die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) beantragt Rückkommen auf die Schlussabstimmung und Abstimmung über das Postulat.

Der Rat stimmt dem Antrag von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stillschweigend zu.

Moritz Bögli (AL) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/299 (statt Motion GR Nr. 2025/217, Umwandlung) wird mit 57 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat